



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Chile 2015

Die Regierung von Präsidentin Michelle Bachelet hatte versprochen, das umstrittene Amnestie-Gesetz aus der Pinochet-Ära für nichtig erklären zu lassen. Das Gesetz war 1978 erlassen worden und schützt Personen vor strafrechtlicher Verfolgung, die verantwortlich für die Verbrechen des Regimes zwischen 1973 und 1978 sind. Während der Militärdiktatur zwischen 1973 und 1990 wurden ca. 3200 vermeintliche oder tatsächliche Oppositionelle ermordet; ca. 30 000 wurden Opfer von Folter und Misshandlungen.

1998 hat Chiles Oberster Gerichtshof entschieden, dass das Amnestie-Gesetz nicht auf Menschenrechtsverletzungen anwendbar ist. Seitdem hat sich die juristische Aufarbeitung deutlich verbessert. Im Jahr 2015 wurde das Gesetz allerdings weiterhin nicht abgeschafft; die Bemühungen darum machten keine Fortschritte.

Im März 2015 gab es im Zusammenhang mit den Verbrechen der Pinochet-Diktatur knapp über tausend laufende Verfahren, davon 112 wagen Foltervorwürfen. Danach wurden zum Beispiel im Juli sieben ehemalige Militärangehörige angeklagt, im Jahr 1986 den 19 jährigen Rodrigo Rojas verbrannt und die 18 jährige Carmen Gloria Quintana schwer verletzt zu haben.

Im Oktober 2015 wurde nach zahlreichen Protesten ein Gesetz verabschiedet, das ehemaligen Opfern eine einmalige Entschädigungszahlung zuspricht.

2015 wurden Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte weiterhin weitgehend vor Militärgerichten verhandelt. Im September 2015 forderte der UN Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Chile auf, diese Praxis zu ändern.

Die Strafe gegen einen Polizisten, der 2011 bei einer Demonstration Manuel Gutiérrez Reinoso erschossen und einen weiteren Mann verletzt hatte, wurde durch ein Berufungsgericht der Militärjustiz von 3 Jahren und 61 Tagen auf 461 Tage reduziert. Der Oberste Gerichtshof bestätigte dieses Urteil.

Entsprechend internationaler Menschenrechtsgesetze sollte die Militärgerichtsbarkeit auf militärische Disziplinarfälle reduziert werden; Fälle von Polizeigewalt oder Menschenrechtsverletzungen sind vor zivilen Gerichten zu verhandeln. Der Oberste Gerichtshof verwies 2015 bereits einige entsprechende Fälle an ordentliche Gerichte.

Quellen:

Amnesty Jahresbericht 2015/16

Amnesty Bericht: “ 'I didn't know, there were two kinds of justice' , Military jurisdiction and police brutality in Chile“, 2016

<https://amerika21.de> “Entschädigungsgesetz für Diktaturoper in Chile verabschiedet” (1.11.2015)

www.zeit.de “Chile muss Opfer der Militärdiktatur entschädigen” (27.1.2016)